

Niederschrift

Über die **16. Sitzung** des **Hauptausschusses** am Donnerstag, **06. März 2003, 16.00 Uhr**, im Sitzungssaal des Hauses **Burgstraße 8**.

Anwesend:

Dr. Korsten, Josef, Vorsitzender
Enneper, Horst
Greif, Renate
Huckenbeck, Erni
Kötter, Rosemarie als Vertr. f. Grüterich, Margot
Müller, Arnold als Vertr. f. Graß, Detlef
Nahrgang, Heide
Römmler, Hans
Rüggeberg, Bernd bis 17.05 Uhr, wrd. TOP 5
Schäfer, Rolf
Schulte, Rolf
Stark, Dietmar
Weber, Jörg
Wendt, Jürgen
Witasek, Ludwig

Beratendes Mitglied: Schaub, Ursula als Vertr. f. Ebbinghaus, Rolf

Von der Verwaltung: Meskendahl, Rainer
Butz, Ute
Schaffert, Niels-Christian
Aschermann, Ernst
Fenske, Georg
Nipken, Frank
Voß, Rolf
Bornewasser, Verena, Schriftführerin

Tagesordnung: (Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 15. Sitzung des Hauptausschusses vom 03.12.2002 (öffentlicher Teil).
2. Haushaltssatzung 2003, Haushaltssicherungskonzept 2003 – 2008
3. Umfirmierung der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Radevormwald mbH
4. Übertragung zusätzlicher Kreisaufgaben im Führerscheinbereich auf das Servicebüro der Stadt Radevormwald
hier: Antrag der AL-Fraktion vom 06.01.2003
5. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil)

6. Niederschrift über die 15. Sitzung des Hauptausschusses vom 03.12.2002
(nichtöffentlicher Teil)
7. Wahl des Wehrführers und seiner Stellvertreter
8. Mitteilungen und Fragen

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**1. Niederschrift über die 15. Sitzung des Hauptausschusses vom 03.12.2002
(öffentlicher Teil)**

Der Hauptausschuss nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Haushaltssatzung 2003, Haushaltssicherungskonzept 2003 – 2008

Der Bürgermeister teilt mit, dass die mit der Einladung zugegangene Ergänzungsliste zu 90 % Veränderungen enthält, die sich nach Aufstellung des Haushaltsplanes ergeben haben. Der Rest stammt aus den Beratungen in den Fachausschüssen. Darüber hinaus liegt eine Tischvorlage aus – eine sogenannte 2. Veränderungsliste – die aktuelle Änderungen aus den letzten 14 Tagen enthält. Er bittet den Kämmerer, diese Tischvorlage zu erläutern.

Zu den Veränderungen, die die Verrechnungsbuchungen des Bauhofes betreffen, möchte Herr Stark wissen, ob diese dadurch zustande kommen, dass nachträgliche Leistungen in Rechnung gestellt werden mussten oder ob sich bestimmte Kosten erhöht haben. Herr Meskendahl teilt mit, dass das RPA festgestellt hat, dass die allgemeinen Verwaltungskostenanteile erhöht werden mussten.

Sehr ernst zu nehmen ist nach Ansicht des Kämmerers die verringerte Einnahme bei der Gewerbesteuer, die aufgrund der bisherigen Entwicklung im I. Quartal 2003 im Rahmen der allgem. wirtschaftlichen Situation nach unten korrigiert werden musste. Der Ansatz wurde um ca. 1 Mio Euro zurückgenommen.

Herr Stark gibt an, dass im Ergebnis 2002 ein Gewerbesteuerbetrag von 1,6 Mio € berücksichtigt ist, der eigentlich erst in 2003 fällig war. Er möchte wissen, ob diese 1,6 Mio € Verschiebung von 2003 nach 2002 in der Reduzierung von 1,0 Mio € enthalten sind. Dies verneint Herr Meskendahl und erläutert, dass im Jahr 2002 lediglich ein Überschuss von ca. 1 Mio € erzielt worden wäre, wenn man die vorgenannten 1,6 Mio € Vorauszahlung abziehen würde.

Herr Enneper geht auf die zusätzlichen Belastungen der Kommunen durch die Übertragung weiterer Aufgaben durch Bund und Land sowie die Steigerung der Kreisumlage ein. Seiner Meinung nach wird sich die Haushaltsslage weiter verschlechtern.

Herr Schäfer berichtet, dass es sich bei den vorliegenden Zahlen zur Kreisumlage um vorsichtige Schätzungen handelt. Es werden sicherlich noch enorme Kostensteigerungen hinzukommen, obwohl der Kreis in die Haushaltskonsolidierung geht, um sich mit den Gemeinden zu solidarisieren.

Der Bürgermeister erwartet, dass nicht nur die Gemeinden, sondern auch die Kreisverwaltung die Personalausgaben senkt. Alle Bürgermeister der Kommunen haben diesbezüglich Kritik am bisherigen Verhalten des Kreises geübt.

Hierzu merkt Herr Schäfer an, dass man vom Kreis nicht die gleiche Personalpolitik wie bei den Gemeinden erwarten kann, da dort sehr viele Fachbeamte und -angestellte, wie Veterinäre, Ärzte beim Gesundheitsamt etc., angestellt und erforderlich sind. Dieses Personal muss, da es sich hier um Kreisaufgaben handelt, vorgehalten werden.

Der Kämmerer erläutert weiter ausführlich zum Vermögenshaushalt und teilt mit, dass trotz vollständiger Auflösung der Rücklage die Haushaltssatzung einen Fehlbetrag von 3,8 Mio € ausweist.

Zur Herrichtung des Parkplatzes Mühlenstraße möchte Herr Stark wissen, ob es richtig ist, dass an anderen Stellen ein Betrag von 160.000,-- € hierfür eingespart wurde. Herr Meskendahl bestätigt, dass zwar Einsparungen anderweitig erfolgten, jedoch nicht in der vorgenannten Höhe. Außerdem handelt es sich nur buchungsmäßig um Einsparungen. Der o.g. Betrag muss trotzdem zusätzlich finanziert werden.

Der Bürgermeister geht davon aus, dass im Hauptausschuss keine Abstimmung über den Haushalt vorgesehen ist, da man sich im Ältestenrat darauf geeinigt hat, dass die Statements der Fraktionen sowie Grundsatzdiskussionen im Rat erfolgen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses erklären sich hiermit einverstanden.

3. Umfirmierung der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Radevormwald mbH

Herr Meskendahl trägt anhand der Beschlussvorlage vor und bittet zu beschließen, dass der Begriff „Beschäftigungsförderung“ herausgenommen wird und eine Umfirmierung stattfindet. Eine Beschäftigungsförderungsgesellschaft hat in der Regel die Aufgabe, kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in enger Kooperation mit dem Arbeitsamt zu betreiben. Eine solche Gesellschaft versucht u.a. auch Sozialhilfeempfängern eine Arbeit zu vermitteln. Dies kann die Wirtschaftsförderung GmbH in Radevormwald nicht leisten.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Umfirmierung der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Radevormwald mbH in **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Radevormwald mbH (WFG Radevormwald)**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Übertragung zusätzlicher Kreisaufgaben im Führerscheinbereich auf das Servicebüro der Stadt Radevormwald hier: Antrag der AL-Fraktion vom 6.1.2003

Frau Schaub erläutert den AL-Antrag.

Der Bürgermeister berichtet hierzu, dass sich die Städte und Gemeinden seit geraumer Zeit in Gesprächen mit der Kreisverwaltung befinden, um verschiedene Verwaltungsaufgaben im vorgenannten Bereich auf die Kommunen zu übertragen. Der Landrat selber steht diesem Ansinnen negativ gegenüber. Man wurde bisher mehrfach mit dem Hinweis auf interne Überlegungen getröstet. Weiter verweist er auf den als Anlage beigefügten Personal- und Sachgestellungsvertrag, aus dem hervorgeht, welche Aufgaben von der Stadt Radevormwald erledigt werden dürfen. Seiner Meinung nach sollte der Beschlusssentwurf des AL-Antrages so gestaltet werden, dass die Verwaltung beauftragt wird, einen offiziellen Antrag an die Kreisverwaltung zu stellen, zusätzliche Kreisaufgaben im Führerscheinbereich erledigen zu dürfen. Dann muss sich der Kreis auf jeden Fall mit diesem Antrag befassen und einen Bescheid erteilen.

Hiermit erklärt sich Frau Schaub für die AL-Fraktion einverstanden.

Auch Herr Schäfer sympatisiert mit diesem Vorschlag. Er teilt mit, dass nach seiner Kenntnis dieses Thema in den Kreisfraktionen ebenfalls besprochen wurde. Rechtlich gesehen muss der Kreis die in Rede stehenden Aufgaben nicht an die Städte oder Gemeinden übertragen. Bei der Kreisverwaltung wird jedoch eine Strukturkommission prüfen, ob und was die Kreisverwaltung demnächst an Aufgaben an Städte und Gemeinden im Kreisgebiet übertragen kann. Er wird sich beim Oberbergischen Kreis dafür einsetzen, dass verschiedene Aufgaben an die Städte und Gemeinden übertragen werden und bittet die Ausschussmitglieder abzuwarten, was in den nächsten Monaten geschieht.

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, einen offiziellen Antrag an den Oberbergischen Kreis zu stellen, mit der Bitte, zusätzliche Kreisaufgaben im Führerscheinbereich auf das Servicebüro der Stadt Radevormwald zu übertragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Mitteilungen und Fragen

Herr Römmler bittet um Erläuterungen über die heutige Pressemitteilung bezüglich der Aufstellung von Sendemasten. Es bestehen laut OVG eindeutige Gesetze bezüglich Abstandsflächen usw.

Herr Schaffert erklärt, dass ihm dieser Artikel auch bekannt ist. Allerdings war die kurze Berichterstattung für ihn nicht ganz nachvollziehbar. Er wird sich erkundigen und über das Ergebnis informieren.